

schrift unter das westdeutsche Grundgesetz, weil sie nicht die Spaltung Deutschlands unterschreiben wollten. Der Vorsitzende der KPD, M. Reimann, erklärte: „Wir Kommunisten aber werden die im Grundgesetz verankerten wenigen demokratischen Rechte gegen die Verfasser des Grundgesetzes verteidigen.“ Die Solinger Parteikonferenz der KPD vom 5.-7. 3.1949, die erste vereinigte Delegiertenkonferenz der KPD in Westdeutschland, rief zum Kampf gegen die Schaffung des westdeutschen Separatstaates auf. In den folgenden Jahren führte die KPD unter der Leitung ihres Parteivorstandes einen konsequenten Kampf gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands, für den Abschluß eines Friedensvertrags und die Wiedervereinigung Deutschlands auf friedlicher und demokratischer Grundlage. Im ersten Bundestag war sie mit 15 Abgeordneten vertreten, obwohl sie durch das undemokratische Wahlgesetz benachteiligt wurde. Der Münchener Parteitag der KPD (3. bis 5. 3.1951), der erste Parteitag der westdeutschen KPD nach 1945, nahm eine Entschliebung an, in der die Aufgaben der KPD im Kampf um ein geeintes, unabhängiges, demokratisches Deutschland festgelegt wurden. Die 7. Tagung des Parteivorstandes (1./2.11.1952) beschloß das bedeutsame „Programm der nationalen Wiedervereinigung Deutschlands“. Am 24.11.1954 begann vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe der Verbotsprozeß gegen die KPD. Auf der Grundlage der Beschlüsse ihres letzten legalen Parteitags in Hamburg (28.-30.12.1954) führte die KPD den Kampf gegen den Eintritt Westdeutschlands in die NATO (->■ *Nordatlantikpakt*). Am 17. 8.1956 wurde die KPD ver-

boten. Mit diesem Verbot wollten die reaktionären Kräfte die politische Kraft ausschalten, die in Westdeutschland am konsequentesten für Frieden, Demokratie und gesellschaftlichen Fortschritt eintrat. Die KPD begann sofort mit der Organisierung des illegalen Kampfes. Am 30. 9.1956 konstituierte sie ihr ZK, das M. Reimann zum Ersten Sekretär wählte. Der erste illegale Parteitag der KPD (Juni 1957) bezeichnete die Herstellung der Aktions-einheit mit den Sozialdemokraten als Herzstück der Politik der KPD. In diesen Jahren kämpfte die KPD gegen Atomrüstung und Revanchepolitik des westdeutschen Imperialismus und Militarismus, für Frieden und Verständigung zwischen den beiden deutschen Staaten, für Demokratie und gesellschaftlichen Fortschritt in Westdeutschland. Der illegale Parteitag im Juni 1963 beschloß die Programmatische Erklärung „Der Weg zur Rettung des Friedens, zum Schutz der demokratischen Rechte, zu sozialer Sicherheit“. Seit dem Verbot führte die KPD einen hartnäckigen Kampf für ihre Legalisierung. Auch in der Illegalität erstarkt sie im Ringen für Frieden, Demokratie und gesellschaftlichen Fortschritt in Westdeutschland. Sie kämpft in enger Gemeinschaft mit der SED und den kommunistischen und Arbeiterparteien der ganzen Welt. Sie steht in der ersten Reihe der fortschrittlichen Kräfte, die gegen die Macht der Monopole, für eine friedliche und demokratische Neugestaltung der Verhältnisse in Westdeutschland kämpfen. Sie ist die einzige Partei in Westdeutschland, die für den Sozialismus eintritt.

Kommunistisches Manifest ->■ *Manifest der Kommunistischen Partei*